

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Thüringen Monitor: Rechte Einstellungen seit 20 Jahren stabil	1
Flüchtlingsstau in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Zahl der Abschiebungen steigt wieder an	2
Aufnahme ehemaliger Ortskräfte und gefährdeter Personen aus Afghanistan	3
Studie: 40 Prozent der in Deutschland lebenden Afghanen erwerbstätig	3
Migrationsbericht 2021	4
Asylgeschäftsstatistik September 2021	4
GLOBALE NACHRICHTEN	5
Internationaler Migrationsausblick	5
Welthunger-Index - Hungersnöte nehmen weltweit dramatisch zu	5
UN-Bericht: Jedes dritte Flüchtlingskind besucht keine Grundschule	6
FÖRDERMITTEL	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Thüringen-Monitor: Rechte Einstellungen seit 20 Jahren stabil

In Thüringen ist die Zahl der zu rechten Einstellungen neigenden Menschen seit zwei Jahrzehnten relativ konstant geblieben. Zugleich ist die Zufriedenheit der Thüringer mit der Demokratie deutlich gestiegen. Das zeigt der aktuelle "Thüringen-Monitor", eine Analyse jenaer Wissenschaftler, die am 07.10.2021 vorgestellt wurden.

Obwohl es zuletzt eine leicht sinkende Tendenz gab, hat etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Thüringen rechtsextreme Einstellungen. Das geht aus dem aktuellen Thüringen-Monitor zur politischen Kultur hervor - eine Studie, die jährlich von der Staatskanzlei in Auftrag gegeben wird.

Rechtsextremismus ist in Gesellschaft vorhanden

Zwar gebe es bei der Messung der entsprechenden Einstellungen von Jahr zu Jahr kleinere Schwankungen, sagte die jenaer Politikwissenschaftlerin Marion Reiser. Die zentrale Erkenntnis der vergangenen Jahre aber sei, dass Rechtsextremismus als stabiles Einstellungsmuster in Teilen der Gesellschaft vorhanden ist.

Für Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) sind die Erkenntnisse eigener Aussage zufolge nun Antrieb für Weichenstellungen: "Aus Analysen müssen Schlüsse gezogen werden", erklärte Ramelow. Dazu gehörten das Landesprogramm

"Denk bunt" oder das Antisemitismus-Monitoring des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Vertrauen in Demokratie gewachsen

Die jährlichen Ergebnisse des Thüringen-Monitors zeigten aber auch, dass die Zufriedenheit der Menschen im Freistaat mit der Demokratie über die Jahre deutlich gestiegen sei, sagte die Politikwissenschaftlerin Reiser. Gaben im Jahr 2001 noch 48 Prozent der Befragten an, sie seien sehr oder ziemlich zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniere, so waren es im vergangenen Jahr 68 Prozent. Ein wichtiger Grund für die gestiegene Zufriedenheit mit der Demokratie sei, dass es vielen Menschen finanziell heute besser gehe als in der Vergangenheit.

Nach Reisers Ansicht gibt es auch 20 Jahre nach dem ersten Thüringen-Monitor weiterhin einen großen Bedarf, die Studie fortzusetzen und die erhobenen Daten wissenschaftlich zu bewerten. Nicht zuletzt die rechtsextremen Anschläge in Hanau oder Halle hätten gezeigt, wie wichtig es sei, die politischen Einstellungen der Menschen zu messen - auch wenn diese es kaum erlauben, einfache politischen Handlungsempfehlungen zu formulieren
Quelle: www.mdr.de vom 08.10.2021

Flüchtlingsstau in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl

Die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes auf dem Suhler Friedberg läuft voll. Am Mittwoch waren dort bereits an die 1000 Flüchtlinge untergebracht - Tendenz stark steigend. In der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes (EAE) auf dem Suhler Friedberg rüstet man sich für einen starken Zustrom von Flüchtlingen. In der Nacht zu Mittwoch kamen dort nach Informationen unserer Zeitung überraschend Busse mit 150 Flüchtlingen, vornehmlich jungen

alleinreisenden Männern, an. Weitere Ankünfte in großer Zahl werden erwartet. Ursache dafür sind zum einen die ins Land kommenden afghanischen Ortskräfte und zum anderen die von Schleusern systematisch aus Weißrussland über die Grenze nach Polen gebrachten Flüchtlinge, von denen immer mehr in Deutschland ankommen.

Fortsetzung Seite 2



AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Fortsetzung Seite 1

Weil andere Bundesländer, wie etwa Sachsen, wegen überlaufender Aufnahmeeinrichtungen bereits keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen können, hat sich Thüringens Migrationsminister Dirk Adams (Grüne) zur Aufnahme über das vereinbarte Kontingent hinaus bereit erklärt.

Dazu wurde in der vergangenen Woche bereits die frühere Erstaufnahmeeinrichtung Eisenberg wieder in Betrieb genommen. Dort sind vorwiegend afghanische Ortskräfte mit ihre Familien untergebracht. Doch ist laut Oberbürgermeister André Knapp bereits abzusehen, dass die Kapazitäten angesichts ähnlicher erwarteter Flüchtlingszahlen wie 2015 nicht ausreichen werden. Möglicherweise sollen deshalb wie damals zusätzliche Gebäude angemietet oder Containerlösungen geschaffen werden. Auf dem Friedberg wäre etwa die Sporthalle als Notquartier denkbar.

Derzeit sind in der EAE rund 1000 Menschen untergebracht – Tendenz stark steigend. Noch vor einigen Tagen war die Einrichtung mit 400 und 600 Menschen belegt. 2015 waren dort schon einmal an die 2000 Flüchtlinge untergebracht, was zu Krawallen mit zeitweise außer Kontrolle geratenen Zuständen führte. Dieses Szenario soll unter allen Umständen vermieden werden.

Immer wieder gab es in den vergangenen Wochen Kritik von Flüchtlingsorganisationen und Flüchtlingen selbst an den vorgeblich menschenunwürdigen Zuständen in der EAE, mangelnder Privatsphäre und unzureichender Verpflegung.

Die Einrichtung ist für maximal 1500 Flüchtlinge ausgelegt. Die Infektionsschutzrichtlinien der Corona-Pandemie und brandschutzrechtliche Vorschriften setzen allerdings eine niedrigere Grenze. Diese liegt nach Auskunft der Stadt derzeit bei 1280 Bewohnern, um eine quarantänegerechte Unterbringung von neu eingereisten Flüchtlingen gewährleisten zu können. Dazu wurde in den vergangenen Tagen im Haus 19, das als Quarantäneunterkunft dient, weiterer Platz geschaffen.

Das Gesundheitsamt der Stadt Suhl ist für die Einhaltung der infektionsschutzrechtlichen Vorschriften für Gemeinschaftseinrichtungen verantwortlich, was in der Vergangenheit immer wieder für Streit mit dem Land sorgte. „Das funktioniert aber jetzt gut, da haben wir derzeit keine Beanstandungen“, sagt der Oberbürgermeister, der die Zusammenarbeit mit dem zum 1. September neu eingesetzten Leiter Alexander Theus als konstruktiv lobt. Gleichwohl sei abzusehen, dass die Einrichtung schon in wenigen Tagen an ihre Kapazitätsgrenzen stoße, so Knapp.

Deshalb macht das Landesverwaltungsamt als Betreiber der Erstaufnahme jetzt Druck auf die Kommunen. „Gesucht werden Lösungen für eine schnellere Abverteilung der Menschen“, sagt Knapp nach einem Telefonat mit LVA-Präsident Frank Roßner am Mittwoch. Statt wie bisher ein paar Dutzend sollen schnellstmöglich mindestens 300 Flüchtlinge pro Woche auf die Kommunen verteilt werden, auch ohne abgeschlossenes Asylverfahren, das normalerweise in der Einrichtung auf dem Friedberg durchlaufen wird.

An diesem Freitag sollen laut Knapp die Voraussetzungen dafür bei einer Konferenz zwischen Landesverwaltungsamt, Landräten und Oberbürgermeistern ausgelotet werden. Es gelte, eine Überlastung der EAE schon vor dem Volllaufen zu verhindern. Inwieweit die Kommunen dafür Kapazitäten haben oder in der Kürze der Zeit Objekte anmieten können,

ist fraglich. Unterdessen wurde der Termin für die Anhörung des Oberbürgermeisters als Einreicher der Petition zur Schließung der Erstaufnahme vor dem Petitionsausschuss des Landtages am 16. November um 15 Uhr bekannt. Die Anhörung wird von Anwohnern begleitet, die sich der Forderung angeschlossen haben und ihre Gründe dafür ebenfalls darlegen wollen. Anfang Juni hatte der Oberbürgermeister die Petition aufgrund einer wachsenden Zahl von Straftaten im Umfeld der EAE und einer zuvor von Bürgern initiierten Online-Petition eingereicht. Binnen nur weniger Tage war das erforderliche Quorum von 1500 Unterschriften erreicht.

Quelle: www.insuedthueringen.de vom 21.10.2021

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Zahl der Abschiebungen steigt wieder an

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland hat nach einem zunächst deutlichen Rückgang in der Corona-Pandemie wieder zugenommen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 5.688 Menschen aus Deutschland abgeschoben, im Vergleich zu 4.616 im ersten Halbjahr 2020, wie aus einer [Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraction](#) hervorgeht, die dem MiGAZIN vorliegt.

Vor allem nach Georgien (541), Albanien (456), Serbien (300), Pakistan (241) und Moldau (238) wurden den Angaben zufolge Menschen zurückgebracht. 140 Menschen hätten die Behörden laut Bundesregierung im ersten Halbjahr nach Afghanistan abgeschoben, erklärte das Ministerium. Unter den knapp 6.000 Abgeschobenen seien 904 Minderjährige und 760 Frauen gewesen.

Insgesamt 4.889 Abschiebungen wurden laut Bundesregierung auf dem Luftweg vollzogen, 735 auf dem Land- und 64 auf dem Seeweg. Der wichtigste Flughafen für Abschiebungen sei wie in den Vorjahren Frankfurt am Main gewesen, gefolgt von Düsseldorf und Berlin-Brandenburg. Fast die Hälfte aller abgeschobenen Menschen (2.802) sei mit Sammelabschiebungen in ihre Herkunftsländer oder einen Drittstaat zurückgebracht worden.

Die Zahl der Abschiebungen sei mit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 massiv zurückgegangen, hieß es seitens der Linksfraction. In den Jahren 2015 bis 2019 seien jedes Jahr noch zwischen 20.000 und 25.000 Menschen aus Deutschland in ihre Herkunftsstaaten oder andere EU-Länder zurückgeschickt worden. Mit der Pandemie hatten viele Staaten den Flugverkehr eingestellt und Grenzen geschlossen. Das hatte sich auch auf die Abschiebungen aus Deutschland ausgewirkt.

Die Innenexpertin der Linksfraction, Ulla Jelpke, sagte, „ohne Rücksicht auf die Belange der Betroffenen“ gäben „Bund und Länder sich nun alle Mühe, wieder mehr Menschen außer Landes zu schaffen“. Wieder einmal häuften sich Berichte über grausame Familientrennungen und Abschiebungen von Menschen, die jahrzehntelang in Deutschland gelebt hätten. Jelpke forderte ein „Ende dieser zynischen Politik und ein grundsätzliches Umdenken: Schluss mit Abschiebungen in Krieg, Perspektivlosigkeit und Elend, für eine wirksame Bleiberechtsregelung“.

Quelle: MiGLETTER 13.09.2021

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Aufnahme ehemaliger Ortskräfte und gefährdeter Personen aus Afghanistan

Unterstützung der Maßnahmen durch das BAMF nach Ankunft in Deutschland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) steuert die Aufnahme und Verteilung der aus Afghanistan eingereisten Personen sowie deren Familien nach ihrer Ankunft in Deutschland.

Aktuelle Einreisen aus Afghanistan

Mit Unterstützung der Bundesregierung finden derzeit Einreisen von Personen statt, die als Ortskräfte für deutsche Behörden/Organisationen gearbeitet haben oder besonders gefährdet sind und bereits über eine Aufnahmezusage nach § 22 S. 2 AufenthG verfügen. Das Bundesamt übernimmt die Koordination nach Ankunft in Deutschland. Die Personen werden unter Berücksichtigung von integrationsförderlichen Bindungen – soweit möglich und dem Bundesamt bekannt – den Bundesländern zugewiesen und erhalten eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis.

Abgeschlossene Evakuierungen der Bundeswehr aus Afghanistan

Nach der Machtübernahme der Taliban am 15.08.2021 wurde eine militärische Evakuierungsmaßnahme durchgeführt. Ziel der Evakuierungen war es, neben den deutschen Staatsangehörigen einschließlich deren Angehörigen auch Personal der internationalen Gemeinschaften sowie ehemalige Ortskräfte der Bundesressorts und besonders gefährdete Personen auszufliegen. Um den Ausländerbehörden für die aufenthaltsrechtliche Prüfung mehr Zeit zu geben, haben zunächst alle ankommenden Personen ein sogenanntes Ausnahmevisum nach § 14 i.V.m. § 22 AufenthG für bis zu 90 Tage erhalten. Anschließend wurde durch das Bundesamt überprüft, ob für die angekommenen Personen bereits Aufnahmezusagen der Bundesregierung ausgesprochen wurden. Für den Fall, dass noch keine Aufnahmezusage vorlag, wurde durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (AA) und weiteren Ressorts geprüft, ob eine Aufnahmezusage nach § 22 S. 2 AufenthG erteilt werden kann. Für alle Personen, denen keine Aufnahmezusage nach § 22 S. 2 AufenthG durch die Bundesregierung erteilt werden konnte, hat das Bundesamt ein Informationsschreiben herausgegeben. Das Schreiben wurde den betreffenden Personen über die Bundesländer zugänglich gemacht, damit diese über ihre Rechte informiert werden. Darin weist das Bundesamt u.a. auf die Möglichkeit hin, einen Asylantrag zu stellen.

Die Stellung eines Asylantrags ist eine freiwillige Option für die betroffenen Personen, die nicht über eine Aufnahmezusage der Bundesregierung nach § 22 S. 2 AufenthG verfügen. Sie ermöglicht den Personen eine mittel- bis langfristige Legalisierung ihres Aufenthalts in Deutschland. Für den Fall, dass sich im Laufe des Asylverfahrens herausstellt, dass Personen entgegen der bisherigen Prüfung doch eine Aufnahmezusage nach § 22 S. 2 AufenthG durch die Bundesregierung ausgesprochen wird, ist die Rücknahme des Asylantrags mit anschließender Erteilung eines Aufenthaltstitels möglich.

Neben der Aufnahmezusage nach § 22 S. 2 AufenthG und der Stellung eines Asylantrags haben die betreffenden

Personen die Option, im Rahmen des bei der Einreise erteilten Ausnahmevisums in Deutschland zu bleiben. Allerdings ergibt sich mit Ablauf des 90-tägigen Visums eine Rechtsunsicherheit in Form eines drohenden illegalen Aufenthalts, da es sich bei dem Ausnahmevisum nicht um einen Aufenthaltstitel handelt.

Rechtliche Grundlagen

§ 22 AufenthG: Einem Ausländer kann für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis ist zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat oder die von ihm bestimmte Stelle zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme erklärt hat.

Downloads finden Sie hier:

<https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/ResettlementRelocation/AufnahmeAfghanOrtskraefte/aufnahme-afghanische-ortskraefte-node.html>

Quelle: www.bamf.de vom 28.10.2021

Studie: 40 Prozent der in Deutschland lebenden Afghanen erwerbstätig

Die Beschäftigungsquote der afghanischen Staatsangehörigen in Deutschland beläuft sich einer Studie zufolge auf 40 Prozent. Das sind drei Prozentpunkte mehr als bei den Beschäftigten aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern insgesamt, wie aus der am Montag veröffentlichten Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht.

Die Beschäftigungsquote war durch den starken Zuzug 2015 und 2016 zunächst eingebrochen. Bereits im Jahr 201 überschritt sie den Angaben zufolge wieder die 40-Prozent-Schwelle.

Hausgemachte Integrationshindernisse

Dabei war die Ausgangssituation der Afghanen alles andere als gut. Laut Studie verfügten mehr als 95 Prozent der Geflüchteten aus Afghanistan bei ihrem Zuzug nach Deutschland über keine Deutschsprachkenntnisse. Und weil Afghanistan nicht zu den Herkunftsländern mit guter Bleibeperspektive gerechnet wurde, waren Afghanen zunächst ausgeschlossen von einer Teilnahme an Integrationskursen. Afghanen konnten erst an Integrationskursen teilnehmen, wenn sie entweder nach Abschluss der Asylverfahren einen Schutzstatus erhielten oder wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde, die Abschiebung jedoch nicht durchgeführt werden konnte. Und weil Asylverfahren im Durchschnitt deutlich länger als ein Jahr dauerten, konnten Afghanen „erst mit einer deutlichen Verzögerung an den Integrationskursen teilnehmen“ heißt es in der Studie.

272.000 Afghanen in Deutschland

Zum Jahresende 2020 lebten in Deutschland 272.000 Afghanen, von denen 216.000 nach der Definition des Statistischen Bundesamtes als Schutzsuchende gekommen waren. Verglichen mit der Zahl der Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland zugezogen sind, schätzt das Institut die Zahl der Afghanen, die aufgrund der gegenwärtigen politischen und humanitären Krise von Deutschland aufgenommen werden, als „eher gering“ ein.

Fortsetzung Seite 4

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 3

„Die neu aufgenommenen Afghaninnen und Afghanen werden in Hinblick auf das Bildungsniveau, Deutsch- und Fremdsprachenkenntnisse bessere Voraussetzungen als die früher zugezogenen Schutzsuchenden mitbringen“, erklärte Herbert Brücker, Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“. Daher erwartet der Experte eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Bereiche sowie geringere Kosten der Integration. Geldsendungen nach Afghanistan
Einen positiven Nebeneffekt hat die Arbeitsmarktintegration den Angaben zufolge auch für Afghanistan. Geldsendungen afghanischer Migranten sind der Studie zufolge für die für die afghanische Wirtschaft „von wesentlicher Bedeutung“. Seit dem Jahr 2017 liegt das Gesamtvolumen der Rücküberweisungen von Migranten nach Afghanistan relativ konstant bei rund 800 Millionen US Dollar.
Von den nach Deutschland geflüchteten Afghanen haben im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 knapp neun Prozent Rücküberweisungen nach Afghanistan geleistet. „Es ist davon auszugehen, dass mit zunehmender Arbeitsmarktintegration und steigenden Verdiensten die Rücküberweisungen steigen werden“, heißt es in der Studie.
Quelle: MiGLETTER 26.10.2021

Migrationsbericht 2021

Die Corona-Pandemie hat deutliche Auswirkungen auf die Einwanderung nach Deutschland. In den Jahren 2019 und 2020 kamen deutlich weniger Migranten, und die bereits seit 2016 rückläufige Nettoeinwanderung sank noch einmal deutlich, wie aus dem vorgestellten Malteser Migrationsbericht hervorgeht.
Demnach lag der sogenannte Wanderungssaldo 2019, dem Beginn der Pandemie, bei 400.000. So viele Menschen kamen mehr nach Deutschland, als aus dem Land weggezogen. Im Jahr 2020 halbierte sich der Wanderungssaldogegenüber dem Vorjahr dann auf 200.000. Ursache seien Reisebeschränkungen im Zuge der Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen. „Trotz der jüngsten Entwicklungen bleibt Deutschland aber ein Einwanderungsland“, sagte der Direktor des Walter-Eucken-Instituts, Lars Feld, dessen Institut den Bericht im Wesentlichen erstellt hat.
Auch die Zahl der Asylanträge sank 2020 mit 122.000 auf den niedrigsten Stand seit 2013. Der Bericht geht aber nicht davon aus, dass es sich bei den Rückgängen um einen Trend handelt. Wegen des Fachkräftemangels bleibe Einwanderung bedeutsam. „Der ökonomische Preis von Zuwanderungsschranken ist hoch“, hieß es. „Die Freiheit zur Migration zahlt sich aus.“
21,2 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte
Insgesamt hatten 2019 dem Bericht zufolge 21,2 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Zugleich hatten 52 Prozent dieser Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit. 65 Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben europäische Wurzeln.
Wie der Bericht zudem weiter feststellt, wurden Personen mit Migrationshintergrund seit Beginn der Corona-Pandemie häufiger Opfer von Kriminalität als in den Jahren davor. So stieg die Zahl der Fälle, in denen Schutzsuchende Opfer einer Straftat mit deutschen Tatverdächtigen wurde,

2019 um 23 Prozent. Zudem habe die Pandemie „die bereits bestehende Ablehnung“ gegenüber Menschen aus dem asiatischen Raum „neu zum Vorschein gebracht“.
Quelle: MiGLETTER 16.09.2021

Asylgeschäftsstatistik September 2021

Im September 2021 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 12.148 grenzüberschreitende Asylerstanträge gestellt und das BAMF hat über die Asylanträge von 11.972 Personen (August 2021: 10.979) entschieden. Die Zahl der anhängigen Verfahren lag Ende September 2021 bei 84.247 (31. August 2021: 75.579; September 2020: 45.370).

Bei den grenzüberschreitenden Asylerstanträgen handelt es sich um Asylerstanträge, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeanträge sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

Im September 2021 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 13.849 Asylerstanträge gestellt. Damit ist die Zahl der Asylerstanträge gegenüber dem Vorjahresmonat um 48,9 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat stieg die Anzahl an Asylerstanträgen um 16,9 Prozent.

3.021 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (25,3 Prozent aller Asylentscheidungen), 2.182 Personen (18,2 Prozent) subsidiären Schutz und 249 Personen (2,1 Prozent) Abschiebungsschutz.

Abgelehnt wurden die Anträge von 2.876 Personen (24,0 Prozent). Anderweitig erledigt (z. B. durch Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 3.644 Personen (30,4 Prozent).

Zum Stand 30.09.2021 waren Asylanträge von ca. 30.400 Personen, bei denen Hinweise vorliegen, dass sie bereits in Griechenland als schutzberechtigt anerkannt wurden, noch anhängig.

Hauptstaatsangehörigkeiten im September 2021

	Juli 2021	August 2021	September 2021
Asylerstanträge insgesamt	12.193	11.847	13.849
1. Syrien	4.759	3.909	3.911
2. Afghanistan	2.353	2.266	2.434
3. Irak	907	913	1.350
4. Türkei	576	898	946
5. Nordmazedonien	34	122	546
6. Moldau, Rep.	233	431	485
7. Georgien	345	358	444
8. Ungeklärt	469	343	424
9. Somalia	383	356	357
10. Albanien	49	123	294

Bitte beachten Sie, dass die Asylzahlen des Monats September unter den Bedingungen der Corona-Pandemie zu sehen sind.

Quelle: www.bamf.de

GLOBALE NACHRICHTEN

Internationaler Migrationsausblick

Deutlich weniger Migrantinnen und Migranten als im Vorjahr haben sich im ersten Jahr der Corona-Pandemie in Industrienationen niedergelassen. Das geht aus dem Internationalen Migrationsausblick 2021 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, der am Donnerstag in Berlin veröffentlicht wurde. Es habe einen „pandemiebedingten Rückgang“ gegeben, sagte OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig. Dem Bericht zufolge verloren auch überproportionale viele Zuwanderinnen und Zuwanderer während der Pandemie ihre Arbeit.

Etwa 3,7 Millionen Migrantinnen und Migranten ließen sich laut dem jährlich erscheinenden Report dauerhaft in einem OECD-Mitgliedsland nieder. Das sei ein Rückgang um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019 und der niedrigste Wert seit 2003. Demnach haben alle Formen von Migration stark abgenommen. So seien deutlich weniger Menschen in OECD-Länder gereist, um dort zu arbeiten, zu studieren oder mit ihrer Familie zusammenzuleben.

Grenzschießungen Hauptursache für Rückgang
Vergleichsweise gering war der Rückgang der Arbeitsmigration im Landwirtschaftssektor. In wichtige Zielländer wie die USA oder Polen seien sogar mehr Frauen und Männer gereist als im Vorjahr, um auf Bauernhöfen oder Agrarunternehmen auszuhelfen. Ursache des Rückgangs insgesamt seien die Grenzschießungen während der Pandemie. Zudem habe die Schließung von Visa-Ausgabestellen auswanderungswillige Menschen vor Probleme gestellt.

Auch auf weltweite Fluchtbewegungen hat sich die Corona-Pandemie laut den Forscherinnen und Forscher ausgewirkt. Schutzsuchende hätten im Jahr 2020 insgesamt 830.000 Asylanträge in OECD-Ländern gestellt, 31 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die meisten Asylsuchenden kamen demnach aus Venezuela, gefolgt von Afghanistan und Syrien. In den EU-Mitgliedsstaaten seien deutlich weniger Asylanträge gestellt worden als vor Beginn der Corona-Pandemie, heißt es in dem Bericht. Allerdings zeichne sich ab, dass in diesem Jahr wieder deutlich mehr Schutzsuchende nach Deutschland und in die EU kämen, sagte OECD-Forscher Liebig.

Arbeitsmarktintegration verschlechtert
Verschlechtert hat die Corona-Pandemie dem Bericht zufolge die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten. Im Ausland geborene Menschen hätten im Jahr 2020 im Vergleich zur alteingesessenen Bevölkerung überdurchschnittlich häufig ihre Jobs verloren. „Die Pandemie hat Migranten wesentlich härter getroffen“, sagte OECD-Forscher Liebig. Gleichwohl seien die Zahlen nicht so dramatisch wie ursprünglich befürchtet. In Deutschland etwa hätten viele Zugewanderte von staatlichen Förderungen wie dem Kurzarbeitergeld profitiert. Im Durchschnitt gingen laut Bericht im vergangenen Jahr etwa zwei Drittel aller in OECD-Ländern lebenden Migrantinnen und Migranten einer Beschäftigung nach.

Im Internationalen Migrationsausblick untersucht die OECD jährlich Migrationsbewegungen und Migrationspolitik weltweit. Zu den 38 Mitgliedsländern der OECD gehören neben EU-Ländern unter anderem Australien, Kanada, Japan, Korea, Mexiko, die Türkei und die Vereinigten Staaten. Quelle: MiGLETTER 29.10.2021

Welthunger-Index - Hungersnöte nehmen weltweit dramatisch zu

Kriege und Konflikte lassen die Zahl der hungernden Menschen weltweit weiter steigen. Wie die Präsidentin der Welthungerhilfe, Marlehn Thieme, am Donnerstag bei der Vorstellung des [Welthunger-Index 2021](#) in Berlin sagte, litten 2020 etwa 811 Millionen Menschen an chronischem Hunger – sie nahmen also dauerhaft weniger Nahrung auf, als ihr Körper brauchte. Ein Jahr zuvor seien es noch rund 690 Millionen Menschen gewesen.

Von akuter Ernährungsunsicherheit, einer extremen Form von Hunger, waren laut Welthunger-Index im vergangenen Jahr 155 Millionen Menschen betroffen, fast 20 Millionen Menschen mehr als im Jahr 2019. Knapp 30 Millionen Männer, Frauen und Kinder drohten 2020 zu verhungern. Vor allem afrikanische Länder südlich der Sahara und Südasien verzeichnen dem Index zufolge Hungersnöte.

Angriffe auf Getreidespeicher und Brunnen

Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Mathias Mogge, wies auf die Lage im Jemen und in Somalia hin, wo Getreidespeicher und Brunnen Ziele von Angriffen würden und Märkte nicht mehr funktionierten. In der Konfliktregion Tigray in Äthiopien seien Menschen akut vom Hungertod bedroht. Für Hilfsorganisationen sei es schwierig, die Region zu erreichen. Die Welthungerhilfe fordert vor diesem Hintergrund die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten auf, hier das humanitäre Völkerrecht zu stärken und das Aushungern von Menschen als Kriegsverbrechen konsequent zu verfolgen.

Der Berater der Hilfsorganisation Misereor, Atsbaha Gebre-Selassie, beschrieb die menschengemachte Hungerkrise in Tigray: Gewaltsame Militärangriffe hätten Menschen daran gehindert, ihre Ernten einzufahren. „Soldaten plünderten alle gespeicherten Getreidevorräte und Lebensmittel in verlassenen Siedlungen, schlachteten Tiere. Wasserbrunnen und Küchenutensilien wurden zerstört, Obstbäume gefällt.“

Corona und Klimawandel verschärfen Krise

Verschlimmert wird die Lage in Konfliktregionen und armen Ländern noch durch die Folgen der Corona-Pandemie und die Klimakrise. Die Pandemie führt laut Welthunger-Index gerade bei armen Menschen mit unsicheren Jobs zu Einkommensverlusten durch Quarantäne und staatlich verhängte Ausgangsbeschränkungen. Hinzu kämen weniger Lebensmittelimporte und höhere Preise. Da in armen Ländern den Angaben zufolge Menschen 60 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, wird bei steigenden Preisen weniger gegessen.

Die Klimakrise wiederum führt zu mehr Hitzewellen, Dürren und Überflutungen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen geht davon aus, dass bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zusätzlich 189 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein werden. Die Hauptlast werden der Organisation zufolge arme Menschen tragen, die von Landwirtschaft, Fischerei und Viehzucht abhängig sind. Im Süden Madagaskars seien aktuell Zehntausende von Menschenleben in Gefahr. Wegen mehrerer Dürreperioden litten fast 1,1 Millionen Menschen unter akuten Hunger.

Fortsetzung auf Seite 6

GLOBALE NACHRICHTEN

Fortsetzung von Seite 5

Zahl chronisch Hungernden steigt

In Westafrika sind ebenfalls Millionen Menschen von Hunger und Armut bedroht. Laut einem Bericht von Oxfam und Development Finance International (DFI) planen dort 14 von untersuchten 16 Ländern, ihre Staatshaushalte in den nächsten fünf Jahren insgesamt um gut 23 Milliarden Euro zu kürzen, um die durch die Pandemie bedingten Verluste auszugleichen. Dabei gebe es einen dringenden Bedarf an Investitionen in öffentliche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit. Das Hilfswerk „Brot für die Welt“ wies darauf hin, dass die Zahl der chronisch Hungernden bereits seit sechs Jahren kontinuierlich ansteigt. Hinzu kämen diejenigen, die zeitweise hungerten, etwa weil die Vorräte vor der neuen Ernte aufgebraucht seien. 2020 waren das den Angaben nach 2,4 Milliarden Menschen. Die Präsidentin des Hilfswerks, Dagmar Pruin, kritisierte: „Wenn ein Drittel der Weltbevölkerung nicht ausreichend zu essen hat, obwohl weltweit genug geerntet wird und die Getreidelager voll sind, läuft etwas dramatisch schief.“

Quelle: MiGLETTER 15.10.2021

UN-Bericht: Jedes dritte Flüchtlingskind besucht keine Grundschule

Die Vereinten Nationen haben mangelnde Bildungschancen für Flüchtlingskinder angeprangert. Rund ein Drittel der vertriebenen Mädchen und Jungen könnten keine Grundschule besuchen, teilte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR bei der Veröffentlichung eines Berichts am Dienstag in Genf mit. Zudem erhielten rund zwei Drittel von ihnen keinen Unterricht in einer weiterführenden Schule, hieß es weiter. Nur fünf Prozent der geflüchteten jungen Menschen besuchten später eine Universität. Das gehe aus einer Untersuchung für das Schuljahr 2019/2020 in 40 Ländern hervor.

Corona verschlechtert Bildungschancen massiv

Die Covid-19-Pandemie hat die Bildungschancen der Flüchtlingskinder den Angaben zufolge weiter verschlechtert. Um das Corona-Virus einzudämmen, schlossen demnach viele Länder die Schulen. Darunter befanden sich auch Bildungseinrichtungen für Flüchtlinge in und außerhalb von Lagern. Heranwachsende mit geringer oder kurzer Schulbildung würden oft in die Kinderarbeit gezwungen, beklagten das Hilfswerk. Im Erwachsenenalter hätten sie schlechte Berufsaussichten, und ihre Unabhängigkeit sei eingeschränkt. Das UNHCR forderte mehr Investitionen in die Bildung der Flüchtlingskinder. Quelle: MiGLETTER 08.09.2021

FÖRDERMITTEL

Mikroprojekte junger Migrant*innen

Junge Migrant*innen aus Ostdeutschland können über den Ideenfonds des Projekts Jugendstil eine Förderung von bis zu 1000 Euro für die Umsetzung ihrer Ideen und Projekten beantragen. Unterstützt werden junge Menschen mit internationaler Geschichte im Alter von 14 bis 27 Jahren.

[Infos und Bewerbung](#)

Quelle: Infoservice Thüringer Integrationsbeauftragte 16.09.2021

FÖRDERMITTEL

ZukunftsMUT startet in die 2. Förderrunde

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) hat das Förderprogramm ZukunftsMUT ins Leben gerufen. Das Ziel ist es, Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu unterstützen – direkt vor Ort bei den Vereinen und gemeinnützigen Organisationen. Gefördert werden sollen vor allem ehrenamtlich getragene Projekte, die sich für die Unterstützung von jungen Menschen und Familien einsetzen und helfen, die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern. Weitere Informationen und Antragstellung: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/#toggle-id-1>

Quelle: Infoservice der Thüringer Integrationsbeauftragten 16.09.2021

Projektförderung der Integrationsbeauftragten (BIMF)

Trotz der Coronaauswirkungen haben in diesem Jahr schon viele Vereine und migrantische Organisationen wertvolle Projekte für Kinder, Eltern, Wissbegierige, Orientierungssuchende und Begegnungsfreudige durchgeführt. Möglich wurde das auch durch die Projektförderung der BIMF. Zum Beispiel fanden im Sommer Camps zum Nachholen von Schulstoff nach Schulausfall und Homeschooling statt. Sie waren verbunden mit attraktiven Freizeitaktivitäten für die Schülerinnen und Schüler. Auch für die Herbstferien sind bereits Angebote in Planung.

Informationen und Downloads zur Projektförderung finden Sie hier: <https://bimf.thueringen.de/beauftragte/projektfoerderung>

Quelle: Infoservice der Thüringer Integrationsbeauftragten 16.09.2021

Projektförderung des House of Resources Thüringen

An den Antrag, fertig, los! Als House of Resources Thüringen haben wir einen Fonds zur Förderung von lokalen Projekten und Veranstaltungen im Bereich Migration und Integration. Über diesen Fonds können gemeinnützige Organisationen bis zu 1.000€ beantragen. Für kleinere Beträge bis zu 150€ besteht außerdem die Möglichkeit einer Zuschussförderung. Hier könnt ihr nach Rücksprache mit uns einfach eure Rechnung einreichen und braucht keinen Antrag stellen. Die Zuschussförderung können auch Gruppen und Initiativen bekommen, die keine formale Rechtsform haben.

Bis zum 30.11.2021 könnt ihr eure Projektanträge für dieses Jahr noch bei uns einreichen. Mehr Informationen zu unserer Projektförderung, die Förderrichtlinien und die Antragsformulare findet ihr auf unserer Webseite:

<https://hor.kjr-ik.de/finanzierung-foerderung/>

Kontakt: hor-thueringen@jipi.kjr-ik.de |

Telefon: 01590 677 6464

Quelle: House of Resources Thüringen

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Methodenbuch „Arbeiten mit jungen begleiteten und unbegleiteten Geflüchteten“

Das Methodenbuch „Arbeiten mit jungen begleiteten und unbegleiteten Geflüchteten“ ist im BELTZ Juventa Verlag erschienen. Es liefert praxisorientierte Anregungen mit konkreten Übungen für die Unterstützung junger Geflüchteter. Schwierige Asylverfahren, langes Warten auf einen Schulplatz, Übersetzen für die Eltern, Erlebnisse der Diskriminierung, fremdbestimmtes Wohnen – sind nur einige der zu bewältigenden und für junge Geflüchtete oft herausfordernden Übergänge. Für die eigentlichen Themen der Jugendphase bleibt dabei kaum Zeit oder Raum. Das Buch ist Ergebnis des EFRE Forschungsprojektes „JuFlu: Übergänge im Leben junger Geflüchteter“, welches die Perspektive der Jugendlichen während des gesamten Forschungsprozesses in den Mittelpunkt stellte. Anhand von Interviews mit jungen begleiteten und unbegleiteten Geflüchteten sowie Expert*innen aus der Sozialen Arbeit konnten wesentliche Übergangsprozesse identifiziert werden. Junge begleitete und unbegleitete Geflüchtete bringen bereits eine Vielzahl an Ressourcen und Strategien zur Bewältigung dieser Übergangsprozesse mit, so das Resultat der Forschung. Hier setzt das Methodenbuch an und bietet Anregungen für Fachkräfte in der Arbeit mit den Jugendlichen zur Stärkung ihrer Identität und vorhandener Bewältigungsstrategien sowie zur selbstreflexiven Auseinandersetzung mit der eigenen professionellen Haltung.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

SoKo-Analyse für das Jahr 2020

Der Bericht enthält Daten zur Sozial- und Qualifikationsstruktur der volljährigen Asylantragstellenden im Jahr 2020. In einem Sonderkapitel "Im Fokus" wird die Entwicklung von Erstantragstellenden aus Syrien zwischen 2015 und 2020 betrachtet.

Alle Tabellen des Jahresberichts 2020 (im Excel-Format) finden Sie zum Download hier:

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/SoKo-Analysen/soko-jahresbericht-2020.pdf;jsessionid=0AFDA5434258C5487FEB1A18816F7C5C.intranet372?_blob=publicationFile&v=6

Quelle: Newsletter: BAMF-Newsletter Nr. 08/2021

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum
Herausgeber:
IB Mitte gGmbH
Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt
Telefon: 0361 6431535
Fax: 0361 3467666
E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de
Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller

Aktuelle Informationen zu Gefährdungsmeldungen Afghanistan

Auf der Seite von Handbook Germany finden sich auf Deutsch, Dari und Paschtu aktuelle Informationen und Kontaktmöglichkeiten zu Gefährdungsmeldungen und eventuellen Ausreisemöglichkeiten für Afghanistan.

<https://handbookgermany.de/de/afghanistan-info.html>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Aktualisierte Arbeitshilfe "Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten"

Die Arbeitshilfe bietet für alle in der Beratungspraxis Engagierten einen umfassenden Überblick zu den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie zu Möglichkeiten der Unterstützung beim Arbeitsmarktzugang. Die zuletzt im Jahr 2017 erschienene Broschüre wurde vor dem Hintergrund zahlreicher gesetzlicher Neuerungen von der Autorin Dr. Barbara Weiser (Caritasverband für die Diözese Osnabrück) vollständig überarbeitet. Darüber hinaus wurde ein neues Kapitel ergänzt, welches sich mit Duldungen bzw. Aufenthaltserlaubnissen befasst, die zum Zweck der Ausbildung und Beschäftigung erteilt werden können.

Die einzelnen Kapitel der Handreichung behandeln diese Themen:

- Der aufenthaltsrechtliche Rahmen des Arbeitsmarktzugangs für Asylsuchende, schutzberechtigte Personen sowie Personen mit einer Duldung
- Sozialrechtliche Rahmenbedingungen und weitere Unterstützungsangebote (Leistungen der Jobcenter nach dem SGB II und der Agenturen für Arbeit nach SGB III; Leistungen der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII, Förderprogramme, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen)
- Aufenthaltssicherung durch Ausbildung und Beschäftigung (Ausbildungsduldung, Beschäftigungsduldung, Aufenthaltserlaubnisse nach den Bleiberechtsregelungen des § 25a und § 25b AufenthG, Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung nach § 19d AufenthG)

Der Download ist hier möglich:

<https://www.asyl.net/view/broschuere-rahmenbedingungen-des-arbeitsmarktzugangs-von-gefluechteten-4-aufl-2021/>

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess

„Saal 101 - Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess“ ist Hörbuch des Jahres. Die Jury bezeichnet die Produktion als „dokumentarische Glanzleistung“ und bescheinigt ihr „ungeheure Authentizität“.

Das Hörbuch war im Auftrag des Bayerischen Rundfunks (BR) für die Hörspielabteilungen der ARD und Deutschlandfunk entstanden. Es basiert auf 6.000 Seiten Mitschriften zum NSU-Prozess, der von 2013 bis 2018 am Oberlandesgericht München stattfand.

Quelle: MiGLETTER vom 07.09.2021

Interkultureller Kalender 2022

Das BAMF hat den Interkulturellen Kalender 2022 herausgegeben. Der Kalender zeigt die Vielfalt von Feier- und Gedenktagen verschiedener Kulturen und Religionen, die in Deutschland gemeinsam leben. Download:

https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2021/210927-am-interkulturelle-woche_kalender.html#a_1017832_1

Quelle: www.bamf.de